

I N H A L T :

Organisatorisches.....	2
Hintergründe des HRG.....	3
VDS-Antrag des ASTa	5
Bericht von der l.o. MV der VDS (basisgruppen).....	6
Französische Studenten kämpfen.....	9
Schnüffelerlaß des KuMi.....	10
Podiumsdiskussion.....	13
Vietnam, ein Jahr danach.....	14
Die Auferstehung der frz. Studentenbewegung.....	15
SPD-Unterbezirk DA zum HRG.....	16
Haushalt auf Sparflamme.....	17
Bericht von der l.o. MV der VDS (Juso-Hochschulgruppe).....	19



Wir werden durch Gesetze eingeschränkt, die gegen uns gerichtet sind, als Studenten "bedrückt" uns das HRG besonders. Aber wir können und wollen dieses Gesetz nicht einfach hinnehmen.

W I R D R Ü C K E N Z U R Ü C K !

Organisatorisches

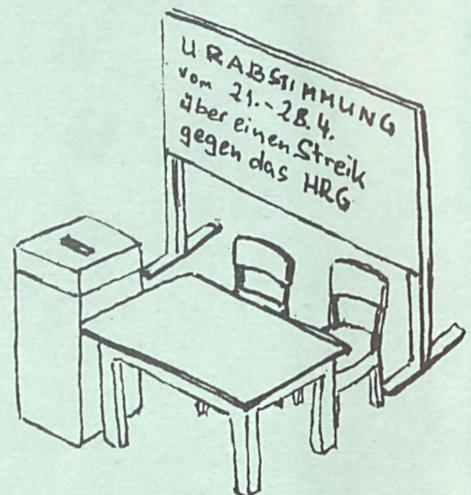
Gemäß dem Beschluß der TH-Vollversammlung am 29. Januar 1976 hat das HRG-Komitee die Urabstimmung über einen Streik gegen das HRG vorbereitet. Die Urabstimmung findet an 6 Tagen statt, von Mittwoch, dem 21.4.76, bis zum Mittwoch, den 28.4.76. Durchgeführt wird sie folgendermaßen:

Zwei feste Wahllokale sind in der Mensa Lichtwiese und in der Mensa Stadtmitte von 9 - 16 Uhr besetzt, die Fachschaftsvertretungen geben mit mobilen Wahlurnen die Möglichkeit, in den Gebäuden des Fachbereichs seine Stimme abzugeben. Die Auszählung erfolgt am Mittwochabend im AstA, so daß das Ergebnis zur Vollversammlung am 29.4.76 im Audi max vorliegt. Verfahren wird nach der Urabstimmungsordnung, die am 6.4.76 vom Studentenparlament verabschiedet wurde. Darin ist festgelegt, daß die Urabstimmung bei einer Wahlbeteiligung von 45 % gültig ist. Ein Streik der Studentenschaft wird dann durchgeführt, wenn sich von den an der Urabstimmung Teilnehmenden zwei Drittel dafür entschieden haben.

Der Urabstimmungstext lautet:

Ich bin für einen aktiven Streik gegen das Hochschulrahmengesetz ab dem 3. Mai 1976 mit einer Vollversammlung am 6. Mai 1976, auf der die Weiterführung des Streiks oder dessen Abbruch beschlossen werden soll.

Wir suchen noch ein paar Leute, die
sich an die zentralen Wahllokale setzen.
(für ein Stündchen oder zwei)
Bitte in die Liste im AstA eintragen!



Hintergrund des HRG

Der Bedarf des deutschen Kapitals an qualifizierten Arbeitskräften nach dem zweiten Weltkrieg überstieg bei den Akademikern in den fünfziger Jahren noch die Kapazitäten der bundesdeutschen Hochschulen und Universitäten. In der sog. "Aufbauphase" konnte jedem Akademiker noch ein relativ sicherer Arbeitsplatz geboten werden. Das Hochschulstudium selbst orientierte sich noch wesentlich am herkömmlichen Studienaufbau, wie dies noch vor dem 2. Weltkrieg her bekannt war. Der rapide Aufbau der dt. Wirtschaft versprach durch Expansion noch hohe Gewinne für die deutschen Unternehmer, sodaß das Gebot der Rationalisierung der Produktion sich noch nicht voll auf die Ausbildung, z.B. der Akademiker, in Form der Entqualifizierung auswirkte. Ein relativ qualifiziertes Studium war noch möglich und durch Rationalisierung bedingte Veränderungen konnten noch durch die expandierende Wirtschaft aufgefangen werden.

Anfang der sechziger Jahre wurde jedoch deutlich, daß sich die Grenzen dieser Expansion abzeichneten und durch die schärfere Konkurrenz die Realisierung des Profits sich nicht mehr nur auf die hohen Wachstumsraten stützen konnte. Rationalisierung und Spezialisierung traten mehr in den Vordergrund.¹ Die Wirtschaftskrise 1966 zeigte das Ende der Aufbauphase des dt. Kapitals nach dem 2. Weltkrieg an. Das Ende der Wachstumsphase brachte Arbeitslosigkeit und Lohndruck wieder auf die Tagesordnung. Durch Unternehmens-

BEISPIEL 1

EIN EINDRUCKSVOLLES BEISPIEL FÜR DIE EINSPARUNG QUALIFIZIERTER ARBEITSKRÄFTE IST DIE HERSTELLUNG VON 12.800 GLEICHEN DREHTEILEN BEI UNTERSCHIEDLICHEN MECHANISIERUNGSGRADEN

Maschinen	Stückleistung je Schicht und Maschine	Anzahl der erforderl. Maschinen	Qualifikation und Anzahl der erforderl. Arbeitskräfte
Spitzendrehbank zerspanend (1950)	100	128	128 qualifizierte Arbeiter +
Revolverdrehbank, zerspanend (1954)	400	32	32 angeleitete, 8 qualifizierte Arbeiter *
Stangenautomat, zerspanend (1959, Mehrmaschinenbedienung)	1.600	8	2 angeleitete, 2 qualifizierte Arbeiter *
Presse (Automat) zerspanlos (1964) (Mehrmaschinenbedienung)	12.800	1	1/3 Anteil eines angeleiteten, 1/3 Anteil eines qual. Arb

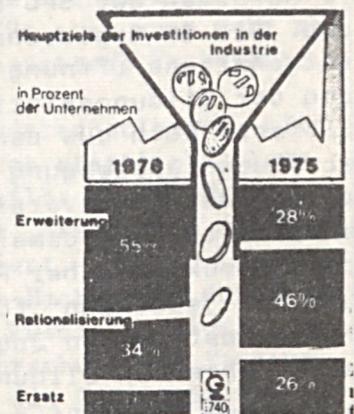
+ = Dreher, * = Einrichter, Werkzeugmacher

Von 128 qualifizierten Drehern, von denen jeder eine spezialisierte Drehbank bediente, wird am Ende keiner mehr gebraucht, weil nur noch 1 qualifizierter Einrichter den Automaten einstellt, der von einem weiteren angeleiteten Arbeiter überwacht und bedient wird.

fusionen und Rationalisierung wurden die Profite gesteigert.² Für die Ausbildung und auch das Studium mußte dies höhere Spezialisierung, Effektivierung, d.h. schließlich Verbilligung bedeuten.

Rationalisierung

Das Schaubild basiert auf einer Umfrage des Münchener Ife-Instituts. Wie auch immer sich die tatsächliche Anlagefähigkeit der Unternehmen Ende des Jahres entwickelt haben mag: Im Vordergrund der Investitionstätigkeit stehen Rationalisierungsinvestitionen. Der Anteil der Erweiterungsinvestitionen geht dagegen stark zurück. Auch Ersatzinvestitionen können versteckte Rationalisierungsinvestitionen sein. Grafik: Globus



Mit dem Slogan "Schick Dein Kind auf bessere Schulen" war in den 70er Jahren zuvor der Bedarf der Industrie und das Interesse der Jugend und der Arbeiter nach qualifizierterer Ausbildung befriedigt worden. Mit der wachsenden Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaftsord-

durch Rationalisierungen, Hochmechanisierung und Automation wurden in der BRD von 1950-1960 9.574.000 Arbeitskräfte, das sind 47,9% der 1950 Beschäftigten, "freigesetzt". Sie fanden in anderen Bereichen der Wirtschaft und durch ein ständiges Wachstum der Wirtschaft einen - meist schlechteren, weniger qualifizierten - neuen Arbeitsplatz. Bei einem geringeren oder gar keinem Wirtschaftswachstum - was sich als Tendenz immer stärker abzeichnet - sind die freigesetzten Arbeitskräfte arbeitslos.

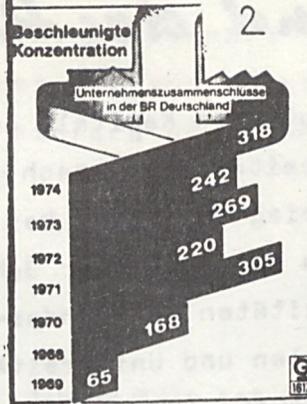
Von 1960 - 68 belief sich die Zahl der "Freigesetzten" Arbeitskräfte (d.h. ihre Arbeitsplätze werden durch Automation und Rationalisierung bei gleicher Produktionsleistung eingespart) auf 8.434 000, das sind 32,3% aller 1960 beschäftigten Arbeitskräfte (Zahlen aus: "Materialien zur Lebenssituation der Industriearbeiter in der BRD, Forschungsbericht", EVA 1973, S.43 ff.).

nung zeichnete sich das Ende des Bedarfs an qualifizierten Arbeitern und Akademikern ab. Mit dem "Krupp-Stufenplan" wurde eine Stufenausbildung für Lehrlinge in die Diskussion gebracht, die von Seiten der Unternehmer das Ziel hatte, durch stufenweise Selektion Abschlüsse mit geringer Qualifikation für die Masse einzuführen und damit die Kosten für die Ausbildung der Ware Arbeitskraft zu senken.

Im Zeichen der Krise der deutschen Wirtschaft 1969 hofften viele auf die Reformen der SPD in der Regierung. Die im Regierungsprogramm festgehaltene Öffnung und Erweiterung der Bildungseinrichtungen resultierte auch aus den Forderungen der Studentenbewegung nach Reform der Ordinarienuniversität und der Lehrinhalte. Der damalige Anspruch sozialdemokratischer Politik "Bildung für jedermann" führte zu einem großen Zustrom von Jugendlichen zu weiterführenden Bildungseinrichtungen.

In einigen Fakultäten reichten schon bald die Kapazitäten nicht mehr aus und es wurde immer mehr der Numerus Clausus eingeführt.

Zehntausende von Studenten und Schülern forderten in Demonstrationen und Schulstreiks anfang der siebziger Jahre die Abschaffung des NC. Der Forderung breiter Massen von Jugendlichen nach Ausbau des Bildungssystems und einer qualifizierten Ausbildung stand jedoch



1974 wurden insgesamt 318 (Vorjahr 242) Unternehmenszusammenschlüsse beim Bundeskartellamt angemeldet; das ist die höchste Zahl seit 1966. Am „heiratsfreudigsten“ zeigten sich dabei die Kreditwirtschaft (39 Fusionen), Chemie (27), Elektrotechnik und Eisen/Stahl (je 22). Die Behörde hat seit 1966 damit insgesamt fast 1700 Zusammenschlüsse erfaßt. 172 der 318 Fusionen waren nach geltendem Recht „kontrollpflichtig“. Grafik: Globus

die Tendenz des Kapitals nach Rationalisierung und Einsparungen und die Forderung nach direkten staatlichen Subventionen entgegen. Die Bundesregierung beugte sich dem Druck der Unternehmerverbände. Eine qualifizierte Ausbildung für alle war für die deutsche Wirtschaft zu teuer geworden. Der erste Entwurf des HRG nahm den NC schon zu seiner Grundlage und von Entwurf zu Entwurf setzte sich das Unternehmerinteresse nach Rationalisierung und Verbilligung der Akademikerausbildung durch in Form von Regelstudienzeiten und Reformen der Studien- und Prüfungsordnungen entsprechend der Forderung der Industrie nach "praxisgerechter Orientierung". Der Begriff 'Reform des Studiums' war von Studenten und Industrievertretern benutzt worden, nur mit entgegengesetzten Inhalten. Auf Regierungsebene hat sich die Industrie durchgesetzt. Ob sich das HRG auch an den Hochschulen durchsetzt, hängt nicht zuletzt vom Widerstand der Betroffenen selbst ab. Klar ist bei der Auseinandersetzung um das HRG, daß hier die Zukunft der Masse der Studenten auf dem Spiel steht ebenso wie die Zukunft der Wissenschaft und Forschung insgesamt.

VDS

1. o. MV

Köln 1976

VDS zum HRG

Wir (der AStA) stellten auf der VDS-MV den nebenstehenden Antrag, der recht gute Chancen hatte, auf der MV angenommen zu werden und die Vorgehensweise der VDS gegen das HRG so festzulegen, wie sie auf unserer Vollversammlung beschlossen wurde. Dieser Antrag wurde von fast allen hessischen ASten unterstützt und von der Basisgruppenfraktion leicht verändert als Teil der Hauptresolution vorgeschlagen. Trotzdem wurde dieser Antrag, wie viele andere, nicht zur Abstimmung gestellt, da in den Verhandlungskommissionen noch Differenzen bestanden, ob das HRG insgesamt abzulehnen sei oder die MV eine Novellierung des HRG fordern solle. (Dem letzteren hätten wir nicht zugestimmt)

ANTRAG Nr. 402.....

Antragsteller: AStA der Technischen Hochschule Darmstadt

Titel: HRG-Antrag

Trotz jahrelanger Auseinandersetzungen und gegen zahlreiche Proteste wurde das HRG im Dez. 75 vom Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Damit wurde ein Gesetz beschlossen, das die permanente Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen der Studenten rechtlich sanktioniert und weiter verschärft. Das HRG kann seine Herkunft und Funktion nicht verleugnen, die Hochschulen im Interesse des Kapitals zu rationalisieren und zu effektivieren, seine Maßnahmen sind eindeutig.

- Verschärfung und Festschreibung des NC. Dadurch werden immer mehr Jugendliche vom Studium ausgeschlossen, der Leistungsdruck und die Selektion werden noch stärker.
- Regelstudienzeiten von 6-8 Semestern für alle Studiengänge. Die dazu notwendige Kürzung und Festlegung der Studieninhalte wird durch Studienreformkommissionen durchgeführt, in denen stimmberechtigte Vertreter der Kultusbürokratie und der Industrie sitzen. Die Methode, erst die Studiendauer festzulegen und dann durch mehrheitlich außeruniversitäre Gremien die Inhalte dem Zeitmangel anzupassen, liquidiert die Möglichkeit, ein wissenschaftliches Studium durchzuführen. Damit sollen im Zuge zunehmender Rationalisierung und Automatisierung der Produktion nur noch wenige hochspezialisierte "Rezeptemacher" ausgebildet werden, dafür aber umso mehr mit seinen anwendungsbezogenen Wissen ausgestattete Fachkräfte, sog. "Rezepteanwender".
- Die Organe der Studentenschaften, Studentenparlament, AStA und Fachschaften, unterstehen verstärkter staatlicher Kontrolle, die Möglichkeit juristischer Auflösung der Organe wird jedem Landesparlament freigestellt. Damit wird die Abschaffung der ASten in Bayern sanktioniert.
- Direkte staatliche Kontrolle über die Hochschule durch verstärkte Rechts- und Fachaufsicht des Kultusministeriums, d.h. Einschränkung der Freiheit von Lehre, Forschung und Studium für alle Hochschulangehörige, ohne die die Gewinnung und Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse unmöglich sind.
- Erweiterung der Befugnisse der Professoren gegenüber Assistenten, Bediensteten und Studenten durch Mehrheiten in den Hochschulgremien.
- Das Ordnungsrecht schränkt freie politische und gewerkschaftliche Meinungsäußerung und Betätigung drastisch ein. Jede Form des Studentischen Protests kann aufgrund dieser Regelungen mit Ausschluß von Studium bis zu 2 Jahren gehandelt werden. Dadurch soll die Mehrheit der Studenten eingeschüchtert und davon abgehalten werden, demokratische Rechte und

ABSTIMMUNGSERGEBNIS:

Freiheiten wahrzunehmen und sich gegen die permanente Verschlechterung der Studienbedingungen zur Wehr zusetzen.

- Drittmittelforschung, Nebentätigkeiten und damit Zweckentfremdung von Einrichtungen und Mitteln bleiben Geheimnis von Auftragsforschern und Kultusverwaltung. Die offene, kritische Diskussion in der Hochschule über Methoden, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der Forschungsprojekte wird verhindert. Sie wäre aber Voraussetzung einer gesellschaftlich verantwortlichen wissenschaftlichen Arbeit.

- In der Personalstruktur werden wieder überholte Hierarchien etabliert. Mit der Verpflichtung wissenschaftlicher Mitarbeiter zu Hochschulunterricht ohne Forschungsmöglichkeit entsteht ein neuer Mittelbau billiger, benachteiligter Lehrkräfte.

Diese HRG zeigt ganz deutlich, welche Anforderungen das Kapital heute an die Hochschulen stellt. Sie sollen die Studenten möglichst schnell, billig und verwertbar ausbilden.

Die mit dem HRG vorangetriebenen Verschlechterungen an der Hochschule können jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Die Ausbildung wird im gesamten Bildungsbereich in Frage gestellt durch fehlende Lehrstellen, Unterrichtsausfall, überfüllte Klassen, Lehrermangel und Arbeitslosigkeit. Ganze Generationen von Jugendlichen müssen erfahren, daß eine materiell abgesicherte und qualifizierte Ausbildung in dieser Gesellschaftsordnung nicht mehr möglich sein soll.

Wir sind aber nicht bereit, unser Recht auf Bildung der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und blindem Profitstreben zu opfern.

Deshalb lehnt die VDS-MV das HRG insgesamt entschieden ab und fordert:

- Weg mit dem HRG
- Keine Anpassung der Landeshochschulgesetze an das HRG

Die VDS werden durch bundesweite Aktions- und Streiktage im Sommersemester diesen Forderungen Nachdruck verleihen und dabei für folgende Rechte eintreten:

- Freier Zugang zur Hochschule
- Ausbau des Bildungswesens
- Materiell abgesicherte und qualifizierte Ausbildung
- Keine staatliche Fachaufsicht über die Universität
- Erhaltung der Organe der Studentenschaft
- Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung, keine Überprüfungsverfahren und Berufsverbote



BERICHT von der VDS-MV

ASTA Informationsreferent
P. Spiewack (Basisgruppen)

In der Woche vom 29.3. - 3.4.1976 fand in Köln die 1. Ordentliche Mitgliederversammlung der vds statt.

Bevor ich auf den Ablauf und wesentliche Entscheidungen eingehe, möchte ich das Kräfteverhältnis innerhalb des Verbandes, das sich gegenüber der Gründungsversammlung kaum verändert hat, bekanntgeben, denn nur das zählte auf dieser Tagung. Die MSB/SMB-Asten verfügen über ca. 40 % aller Stimmen, die Juso-Hochschulgruppen über ca. 29 % aller Stimmen, die Basisgruppen über ca. 20 %, während sich die restlichen Stimmen auf einige KBW- und RCDS/SLH-Asten verteilen.

Jeder der glaubte, unter "fortschrittlichen Leuten" sei eine einigermaßen solidarische Auseinandersetzung möglich, wurde eines besseren belehrt.

Die gesamte vds-MV fand auf zwei Ebenen statt. Die öffentliche MV war von Eröffnung bis Schluß durch nicht endenwollende Reden gekennzeichnet, denen nur die Mitglieder der eigenen Fraktion zuhörten. In diesen Fensterreden bemühte sich jede Fraktion, die anderen in die Pfanne zu hauen, sich selbst jedoch einen Heiligenschein aufzusetzen. Gleichzeitig fand die eigentliche MV in den Verhandlungskommissionen statt, wo man sich in zähen Verhandlungen auf die Hauptresolution einigte.

Schon im letzten Jahr hatte es heftige inhaltliche Auseinandersetzungen um die Hauptresolution gegeben, die damit endeten, daß MSB/SHB trotz Ablehnung der Hauptresolution (die die Arbeitsgrundlage für den Verband und den Vorstand darstellen sollte) in den Vorstand gingen. Von den Basisgruppen wurde diesmal eine von allen Fraktionen getragene Hauptresolution, d. h. eine offene Vorstandsarbeit, angestrebt, denn die Koalition (Fraktion) Jusos und LHV hatte sich im letzten Jahr einige Male als Hemmschuh erwiesen.

Man einigte sich also auf der MV, die im letzten Jahr zwischen Basisgruppen, Jusos und LHV ausgehandelte Hauptresolution als Grundlage zu nehmen, diese zu aktualisieren und um ein Aktions- und Arbeitsprogramm für den Vorstand zu erweitern. Als Grundlage für die Änderungen wurde Anträge aller Fraktionen genommen und in langwierigen Verhandlungen (bis zum Schluß der MV) zu einer Hauptresolution zusammengestellt, die so allgemein ist, daß sie von 2/3 der Anwesenden angenommen wurde.



Drucken **Internationale Studenten-Ausweise** **Kopien**
Kopieren von Kleinauflagen
Rechtsberatung **Bus-Verleih**
Asta Service :

Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Das Studieren wird teurer. Der AstA als Studentenvertretung will daher in Zukunft verstärkt Dienstleistungen anbieten, die nahezu jeder während des Studiums gebrauchen kann. Durch die Rechtsstruktur der verfaßten Studentenschaft können wir sie zum Teil konkurrenzlos billig anbieten. (.....auch ein Grund, für die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft einzutreten.)

Diese Dienstleistungen, die Rechtsberatung ausgenommen, werden nicht aus den Haushaltsmitteln der Studentenschaft bezuschußt. Sie müssen sich selber tragen und werden daher gegen eine kostendeckende Gebühr abgegeben.

Nähere Informationen im AstA-Geschäftszimmer (Altes Hauptgebäude, Erdgeschoß, vom Pförtner aus nach rechts) während der Öffnungszeiten von 10 bis 13 Uhr an allen Werktagen. Telefon: 16-2117.

Für einen Internationalen Studenten-Ausweis bitte unbedingt ein Paßfoto, eine Studienbescheinigung und 4,00 DM mitbringen.

Unter dem Stichwort: **Asta-Service** findet ihr auf den nachfolgenden Seiten weitere Informationen zu den einzelnen Dienstleistungen.



Die Basisgruppen konnten das von ihnen ausgearbeitete Arbeits- und Aktionsprogramm weitgehend durchsetzen. Dieses, das hauptsächlich dezentrale Aktionen forderte, wurde jedoch insofern unterlaufen, indem von Jusos, MSB und SHB kurz vor Abstimmung der Hauptresolution eine zentrale Demonstration für den 22. Juni beschlossen wurde. Gegen was bzw. für was wir demonstrieren sollen, steht noch nicht ganz fest, denn die Jusos hatten eine Demo gegen politische Disziplinierungen und für eine bessere soziale Lage der Studenten geplant, während MSB/SHB für Frieden, Abrüstung und Entspannung auf die Straßen gehen wollen. (Im Prinzip Forderungen, die mehr als berechtigt sind)

Soviel zur Hauptresolution, von der wir die wichtigsten Teile - wie das Aktionsprogramm - veröffentlichen werden, sobald wir sie haben. Stattdessen noch einiges über die Mitgliederversammlung.

Nach der Eröffnung, zu der die Festlegung der Tagesordnung und ähnliche Formalia gehörten, wurde die bisherige Arbeit des Verbandes anhand des Berichts des Vorstands diskutiert. - Die in dem gesamten Vorstandsbericht vertretene Meinung, daß die vds trotz einiger Schwierigkeiten eine wirksame Vertretung der Interessen und Forderungen der Studenten auf Bundesebene darstellt, möchte ich hier nicht unwidersprochen wiedergeben, denn der Verband war im vergangenen Jahr nicht in der Lage, die ASTen einigermaßen vernünftig zu informieren oder Einschätzungen über aktuelle Themenbereiche zu liefern.

Die vds ist meiner Meinung nach zu stark mit sich selbst beschäftigt. So wird in dem Vorstandsbericht zuallererst von den bis jetzt vergeblichen Mühen um eine Förderung aus Bundesmitteln berichtet. Da diese Förderung (zumal die CDU/CSU bei der Vergabe ein Wörtchen mitzureden hat) nur den Gruppen zugute kommen soll, die sich voll für den Erhalt dieses Staates - mit all seinen unzulänglichkeiten - einsetzen, befindet sich die vds hier in einer Zwickmühle. Einerseits will sie von der Regierung Geld und andererseits muß die vds, "um die Interessen der Studenten zu vertreten", die Regierung hart attackieren, denn schließlich ist sie politisch für Sachen wie HRG, Berufsverbote, § 130a ... verantwortlich.

Zu dem oben gemachten Vorwurf, daß die Informationspolitik der vds miserabel sei, hier nur ein Beispiel. Die vds hat es bis heute noch nicht geschafft, den ASTen eine Analyse des Hochschulrahmengesetzes bzw. ausführliches Arbeitsmaterial zu diesem Komplex zu Verfügung zu stellen. - Dieses Versagen ist u.a. darauf zurückzuführen, daß die Mehrzahl der von der vds eingerichteten Projektbereiche, die sich mit speziellen Themen beschäftigen, erst einen Tag vor der MV bestätigt wurden. d. h. erst ab diesem Zeitpunkt ihre Arbeit richtig aufnehmen konnten.

Zur Verbesserung des Informationsflusses wurde die vds aufgefordert, einen "Blitz-Informationsdienst" einzurichten, der allerdings nur dann richtig funktionieren kann, wenn die einzelnen ASTen den vds ihrerseits informieren.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der bisherigen Arbeit des Vorstands ist letztendlich darauf zurückzuführen, daß im letzten Jahr durch die Hauptresolution zwar die politische Linie des Verbandes festgelegt wurde, dem Vorstand allerdings kein

fester Arbeitsauftrag gegeben wurde, so daß er sich irgendwelche Aktionen aus dem Finger saugen mußte.

Asta Service :

Kopien

Auf den Kopiergeräten vorm AStA-Büro können rund um die Uhr, auch an Wochenenden, normale Kopien und Verkleinerungen gemacht werden. Kleingeld mitbringen! Die Kopierer nehmen Groschen, Mark- und Zweimarkstücke, aber keine Fünziger an!

Eine normale Kopie kostet (auf Xerox 3600): 0,20 DM

Eine Verkleinerung kostet (auf Xerox 7000): 0,30 DM
und bei Abnahme von 4 Stück : 0,25 DM

Und für Examensarbeiten, Referate, Skripte etc. haben wir jetzt etwas günstigeres :

Kopieren von Kleinauflagen

Mehrfach-Kopien von einer Vorlage kosten (auf Xerox 3600 Sprint):

die ersten 5 Kopien jeweils:	0,25 DM	Also kosten zum Beispiel	
jede weitere Kopie (bis zur 200.)	0,05 DM		
nach der 200. jede	0,04 DM		
			7 Kopien 1,35 DM
			10 Kopien 1,90 DM
		100 Kopien 6,00 DM	
		300 Kopien 15,00 DM	

Es lohnt sich ab 7 Kopien! Beidseitiges Kopieren spart zusätzlich 0,01 DM pro Blatt!

Bitte während der Öffnungszeiten im AStA-Büro vorbeikommen; bei größerem Umfang nach Terminabsprache.

FRANZÖSISCHE STUDENTEN KÄMPFEN GEGEN ENTQUALIFIZIERUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Entqualifizierung und Arbeitslosigkeit sind längst keine spezifisch bundesdeutschen Probleme.

Auch die französischen Studenten wehren sich gegen eine "Hochschulreform", an der zwar vier Jahre lang herumgebastelt wurde, die jedoch für die französischen Unis nur Nachteile bringt. Auch das französische Kapital versucht durch stärkere Orientierung von Forschung und Studium an die Produktion, seine Akademiker profitabler, d.h. billiger, auszubilden. Dazu versucht es mit dieser Hochschulreform direkt Einfluß auf die Unis zu nehmen. Das Ergebnis ist Entqualifikation, hohe Durchfallquoten, Abbrecher und Arbeitslosigkeit. In Frankreich sind ein hoher Prozentsatz der 1 Million Arbeitsloser Akademiker. 80 % aller französischen Studenten müssen vor dem Examen aufgeben.

Viele Professoren kritisieren, daß mit dieser "Reform" Wissenschaft und Forschung zerstört wird, Jetzt wehren sich die Studenten dagegen, daß sie die Leidtragenden der Krise der französischen Wirtschaft sein sollen. Sie haben sich für den Kampf entschieden.

Am Donnerstag, 15. April, demonstrierten in Paris über 50.000 Studenten gegen diese "Reform". Die meisten der 75 Universitäten werden bestreikt. Die franz. Studentengewerkschaft hat für die Zeit nach Ostern weitere Aktionen angekündigt. Die Parallelen der Auswirkungen der franz. Studienreform und dem deutschen Hochschulrahmengesetz sind augenfällig.

Auch hier versucht das dt. Kapital mit Regelstudienzeit, ZVS (NC), Ordnungsrecht und direktem Einfluß auf die Gestaltung der Studien- und Prüfungsordnungen das Studium "Praxisorientierter" zu gestalten, d.h. den Erfordernissen seiner Wirtschaftskrise anzupassen. Auch in Deutschland soll das Ergebnis eine Masse von entqualifizierten Schmakspurakademikern sein. Der Kampf der französischen Studenten ist derselbe Kampf wie unser Kampf: sie fordern von der Regierung die Zurücknahme der "Reform".

Der AStA der THD hat beschlossen, eine Solidaritätsadresse an die französische Studentengewerkschaft UNEF zu schicken und ihnen viel Erfolg in ihrem Kampf zu wünschen.

Vollversammlung

der **STUDENTENSCHAFT** der TH

DO. 29.4. 11 UHR

AUDI MAX

- › **Ergebnis der Urabstimmung**
- › **Vorbereitung des STREIK**

Der Erlaß des Kultusministers vom 25.2.76 stellt die bisherige Bespitzelungsmache an Studenten weit in den Schatten. Alles bisherige blieb im Rahmen geheimen Informantentums. Dem letzten Schrei aus dieser Sparte entsprechend sollen die Hochschulpräsidenten per Gesetz zum Verfassungsbruch genötigt werden, sie sollen nämlich die schwierige Aufgabe der bisher geheimen Spitzelei öffentlich übernehmen. Hierzu kam es durch einen Berichts Antrag der "auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden" CDU-Fraktion des hessischen Landtags vom 11.11.75 (s. S. dieser WUB), worin die Landesregierung aufgefordert wird, global über "Strategien (des MSB) für die Politisierung der Universitäten" zu berichten. Dem Kultusministerium war dieser Antrag anscheinend noch nicht detailliert genug. Man kann dem Erlaß entnehmen, daß die Untersuchungspunkte gut ausgearbeitet worden sind. Offensichtlich hat sich im hess. Landtag die reaktionärste Fraktion als Verfassungspolizei etablieren dürfen.

Die Hochschulpräsidenten sollen also nun nachforschen. Wie machen sie das? Zum einen können sie Wahlergebnisse und Ähnliches weitergeben, Dinge die ohnehin bekannt sind. Die in I - II angeführten Punkte können hauptsächlich nur durch die Fachbereiche abgedeckt werden. Einzelne Fachbereiche lehnen das ab, wie z. B. der FB-Rat des FB Mathematik über ein Meinungsbild die Nichtkompetenz und Ablehnung ankündigt.

Genauso hat der AstA in einem Brief den Präsidenten Böhme aufgefordert, keinerlei Informationen weiterzuleiten.



HESSISCHER LANDTAG

8. Wahlperiode

Drucksache 8/1777

11. 11. 75

Dem Hauptausschuß
überwiesen

Berichts Antrag
der Fraktion der CDU
betreffend MSB Spartakus

Anfrage der
CDU

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, im Hauptausschuß über folgenden Gegenstand zu berichten:

die Konsequenzen, die sie für ihren Bereich aus der auf dem Bundeskongreß des MSB Spartakus im Oktober 1975 entwickelten Strategie für die weitere Politisierung der Universitäten zu ziehen gedenkt.

Wiesbaden, den 5. November 1975

Der Fraktionsvorsitzende:
Milde

Erlaß des Kumi

Betr.: MSB Spartakus;
hier: Zielsetzung und Einfluß an den verschiedenen hessischen Hochschulen
Drucks. Nr. 8/1777 des Hessischen Landtags

Nach den Ergebnissen des IV. Bundeskongresses des MSB Spartakus am 8. und 9. Oktober 1975 in Köln verfolgt diese studentische Organisation die nachstehenden hochschul- und bildungspolitischen Zielsetzungen:

- I. Einflußnahme auf die Personalpolitik
 - a) Abberufung mißliebiger Mitglieder des Lehrkörpers
 - b) Berufung sogenannter fortschrittlicher Hochschullehrer
 - c) Begünstigung marxistischer Wissenschaftler
- II. Einflußnahme auf Lehre und Forschung
 - a) Sogenannte demokratische Ausbildungsziele anstreben
 - b) Zurückdrängung oder Förderung bestimmter Lehrinhalte und Lehrmeinungen
 - c) Mitbestimmung des Inhaltes von Lehrplänen und Veranstaltungen
 - d) Begünstigung oder Ablehnung bestimmter Forschungsvorhaben
 - e) Kampf um Einflußnahme auf Lehr- und Forschungspraxis
- III. Einflußnahme auf Beschaffung und Benutzung von Sachmitteln
 - a) Anschaffung von Literatur
 - b) Auswahl der Literatur für Lehrveranstaltungen
- IV. Bekanntmachung und Enthüllung von Mißständen
Stichwort: Sprachrohr der Unzufriedenheit
Organisierung der Betroffenen zum Protest
- V. Kampf gegen sogenannte Großkonzerne
(naturwissenschaftliche Fachrichtungen)

Ich bitte um Bericht, ob im Bereich Ihrer Hochschule innerhalb des gesetzlichen Rahmens durch Mehrheitsbildungen auf Grund von Wahlen die Möglichkeit besteht, die vorstehenden Ziele in der Praxis durchzusetzen. Dies gilt sowohl für den MSB Spartakus als auch ideologisch verwandte Gruppen.

Ferner bitte ich um Mitteilung, wie stark der MSB Spartakus an Ihrer Hochschule ist (Mitgliederzahl) und wie stark diese Gruppe in den Hochschulgremien vertreten ist.

Im Auftrag



Der Hessische Kultusminister
V B 4.1 - 433/0 - 176 -

62 WIESBADEN 1, den 25. Februar 1976
Postfach 31 60
Luisenplatz 10
Telefon: Sammel-Nr. 36 81

Herren
Präsidenten der
Technischen Hochschule

Johann Wolfgang Goethe-Universität

Justus Liebig-Universität

Philipps-Universität

An den
Gründungspräsidenten der
Gesamthochschule Kassel

Herren
Rektoren der
Fachhochschulen

Herren
Rektoren der
Hochschule für Gestaltung

Hochschule für Musik und
Darstellende Kunst

STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT

An den
Herrn Präsidenten der
Technischen Hochschule Darmstadt

1. April 1976

AstA an den
Präsidenten Böhme

Betr.: Erlaß des Hessischen Kultusministers vom 25.2.76
Az.: V B 4.1 - 433/20 - 17 6 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt ist der oben angeführte, unter anderem auch an Sie gerichtete Erlaß des Hessischen Kultusministers bekanntgeworden.

In dem Erlaß wird von Ihnen verlangt zu berichten,

1. welche Mitgliederzahl der MSB Spartakus hat;
2. wie stark der MSB Spartakus in den Hochschulgremien vertreten ist;
3. ob an der Technischen Hochschule Darmstadt die "Möglichkeit" besteht, daß Ziele des MSB Spartakus und sogenannter "ideologisch verwandter Gruppen" aufgrund von Mehrheitsbildungen in Hochschulorganen durchgesetzt werden können.

Die Studentenschaft erwartet von Ihnen, Herr Präsident, daß Sie sich gegen die rechtswidrigen Zumutungen, ja die offenen Aufforderungen zum Verfassungsbruch, die der Erlaß enthält, schärfstens verwehren.

Bei den Ihnen jetzt per Erlaß neu Übertragenen "Aufgaben" handelt es sich Überwiegend um eine Art geheimdienstlicher Tätigkeit, die durchzuführen der TR-Präsident ganz und gar nicht ermächtigt ist. Sie kann ihm rechtmäßig auch nicht im Wege der Amtshilfe abverlangt werden. Erzwungend tritt hinzu, daß auch der Hessische Kultusminister zur Durchführung geheimdienstlicher Ausforschungstätigkeit keineswegs ermächtigt ist.

Ziffer 3 des oben angeführten "Aufgabenkatalogs" verlangt darüber hinaus von Ihnen die Einordnung von Studenten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Hochschullehrern in MSB Spartakus-Sympathisanten einerseits, in MSB Spartakus-immune Personen andererseits. Denn es liegt auf der Hand, daß die vom Kultusminister gewitterte "Gefahr" der Merkeftbildung zugunsten von Zielen des MSB Spartakus von dieser Gruppe allein schon angesichts der studentischen Betätigungsverhältnisse in den Hochschulgremien nicht ausgehen kann.

Die Studentenschaft geht davon aus, daß Sie die Ihnen zugemutete rechtswidrige Etikettierung der Mitglieder von Hochschulgremien als "linkeradikal" einerseits, verfassungs- (oder besser noch: staats-) treu andererseits mit aller Deutlichkeit zurückweisen und dem Herrn Hessischen Kultusminister so einfache rechtsstaatlich-demokratische Grundsätze wie das Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und die Achtung vor der verfassungsrechtlich geschützten politischen Betätigungsfreiheit (auf die sich auch der MSB Spartakus berufen kann) gebührend in Erinnerung rufen. Denn es scheint uns, als genüge ein einfacher Berichtsantrag der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag (8. Wahlperiode, Drucksache 8/1777), um im Hause des Hessischen Kultusministers vor lauter aufgeregter Be-flissenheit die verfassungsrechtlichen Bedingungen, denen die Ver-waltung unterliegt, in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wir fordern Sie auf, Herr Präsident, dem vom Kultusminister angeforderten (Spitzel-) Bericht nicht abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Dietrich Bettermann
Hans Dietrich Bettermann

Asta Service: Rechtsberatung

Auf Grund eines Beschlusses des Studentensparlamentes hat der ASTA mit einem Darmstädter Anwaltsbüro ein Pauschalabkommen über ständige Rechtsberatung getroffen. Das hat für uns den Vorteil, daß sich dieses Büro, bei dem zwei Anwälte und eine Anwältin zur Verfügung stehen, auf studentische Rechtsfragen (Zafög, HRC, etc.) spezialisieren kann.

Die kostenlose Beratung muß im ASTA-Büro beantragt werden. Sie beinhaltet anwaltliche Schreiben, aber keine Gerichtskosten! Die Beratung wird für Studiumsbezogene Fragen und zur Zeit für Mietstreitigkeiten erteilt. Sollte der Umfang der Rechtsberatung erwartet hoch werden, können Mietangelegenheiten nicht mehr beraten werden - oder wir müssen eine Gebühr nehmen. Datum kommt bitte nur, wenn's wirklich brennt.

Datum 15.4.1976 sch.
Durchschl 16 2820
An IB - KM - II - 1 -

Der Präsident
der Technischen Hochschule
Darmstadt



*EINGANG
21.4.76
Ht*

An den
A S T A
der Technischen Hochschule

im H a u s e

Sehr geehrte Herren!

Gem. § 50 Gesch O HL (GVBl. 73, S. 63) ist die Landesregierung verpflichtet, Kleine Anfragen von Abgeordneten schriftlich zu beantworten. Gem. § 37 Hess. Hochschulgesetz kann der Kultusminister von den Hochschulen Auskünfte verlangen. Von daher gesehen ist der Präsident verpflichtet, Anfragen zu beantworten und soweit es in seinem Ermessen liegt, zu beurteilen, ob er in der Lage ist, Auskunft zu geben. Eine Auskunft über das, was bereits in der Hochschulzeitung oder in den Darmstädter Zeitungen zu lesen war oder was sich aus den Anschlägen an den Anschlagbrettern ergibt, kann der Präsident schwerlich verweigern. Darüberhinaus kann der Präsident die Auskunft nicht verweigern über das, was sich aus den Protokollen öffentlicher Sitzungen der Hochschul- und Studentenschaftsgremien ergibt; derartige Protokolle müßten dem Kultusminister - falls er es forderte - ohnehin vorgelegt werden.

Ausgehend von dieser Voraussetzung habe ich die Anfrage des Kultusministers vom 25.2.1976 dahingehend beantwortet, daß ich ihm veröffentlichte Daten mitteilte. Dabei habe ich auch zum Ausdruck gebracht, ohne irgendwelche Einzelheiten anzugeben, daß die Frage nach rechtswidrige Aktivitäten, wie sie in dem Erlass beschrieben werden, hier nicht verstanden werden kann, weil sie nicht aufgetreten sind. Ich habe des weiteren darauf hingewiesen, daß ich der Meinung bin, daß auch in Zukunft derartige Anfragen unsinnig sind, weil - wie sich in den letzten Jahren hier gezeigt hat - der MSB Spartakus und auch die Studentenschaft versuchen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten die Interessen und Rechte der Studenten und Studentenschaft durchzusetzen.

Weiterhin möchte ich auf folgendes hinweisen: Ich habe bisher nicht Schnüffelei betrieben und habe es auch bei der Beantwortung

Betr.: Erlass des Hessischen Kultusministers vom 25.2.76
- V B 4.1 - 433/20 - 176 -
Bezug: Ihr Schreiben vom 1.4.76
Anlage: 1

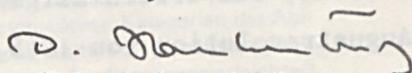
Präsident an ASTA

des o.g. Erlasses nicht getan. Erhebungen, die zur Schnüffelei führen, gehen m.E. über das Auskunftsrecht des Kultusministers hinaus. Ich hielt es aber, nicht zuletzt im Interesse der hier an der Hochschule vorhandenen studentischen Gruppen und gerade um zu verhindern, daß hier "Schnüffelei" Einzug halten könnte, für richtig, den Erlass im Rahmen der oben dargelegten Grundsätze zu beantworten. Wenn man aus der ganzen Sache einen prinzipiellen Streit, im übrigen nach meiner Meinung mit zweifelhaftem Ergebnis machen wollte, hätte man sicher auch anders verfahren können.

Schließlich ist noch folgendes anzumerken: Einem Abgeordneten ist freigestellt, welche Frage er stellen darf und welche nicht. Die Beantwortung der Fragen liegt des weiteren alleine in der Verantwortung der Landesregierung. Ich bin gehalten, auch Anfragen, die mir nicht passen oder die aus anderen Gründen problematisch sind, zu beantworten. Ich werde dabei jeweils so verfahren, wie ich das oben beschrieben habe.

Wären die anderen Hochschulen, die übrigens - soweit bekannt - alle geantwortet haben, bei der Beantwortung der Anfrage alle so verfahren wie die TH Darmstadt, wäre die Angelegenheit wahrscheinlich jetzt erledigt. So aber ist zu befürchten, daß der Landtag ergänzende Fragen stellen wird.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:


(D.Blankenburger, Reg.Dir.)

Der AstA der Fachhochschule Frankfurt hat im Auftrag der Konferenz der hessischen Asten(LAK) den Kultusminister Krollmann aufgefordert, auf einer Diskussionsveranstaltung (27., 28. oder 29.4.) zu diesem Erlaß Stellung zu beziehen.

Podiumsdiskussion zum HRC

veranstaltet vom Rat der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Dozenten
Hochschulrahmengesetz: Hochschulreform?

Teilnehmer: Diskussionsleiter E. Post, Präsident: H. Böhme

Hochschullehrer: M. Teschner (Liste Demokr. Hochschule), H. Zürnack
(Liste der Mitte), F. Brandt (Liste Brand, Weigelt,
Wazelt)

Studenten: H. D. Bettermann (Basisgruppen), T. Heyer (Juso/Unabhängige),
B. Braun (RCDS)

Wiss. Mitarbeiter: R. Mitscherlich, M. Bischoff, G. Hänel, (Interaktio)

Sonst. Mitarbeiter: K. Stutz

am Di., 27.4. um 19³⁰ im Audimax

Es können viele kommen, das Audimax ist groß,
das Interesse hoffentlich noch größer.

vietnam, ein jahr danach

Vor einem Jahr ging mit dem erfolgreichen Abschluß der Ho Chi Minh Kampagne ein Kapitel vietnamesischer Geschichte zu Ende. Die Frühlingsoffensive des Jahres 1975 und die Volkserhebungen eröffneten den Weg zur nationalen Unabhängigkeit und Einheit Vietnams, die Ära einer 100 Jahre währenden kolonialistischen und neokolonialistischen Unterdrückung der vietnamesischen Nation durch französische und amerikanische Imperialisten wurde beendet. Mit dem 30. April wurde aber nicht nur ein Kapitel abgeschlossen, sondern eine Epoche vietnamesischer Geschichte eröffnet, die Epoche der Unabhängigkeit, der Einheit des Landes und des Sozialismus.

Gegenwärtig werden die Vorbereitungen zu den am 25. April 1976 stattfindenden Wahlen zur Wiedervereinigung beider Landesteile, den ersten allgemeinen und freien Wahlen in Gesamtvietnam nach der Augustrevolution von 1945, durchgeführt. Mit vereinten Kräften schreitet nun das vietnamesische Volk der Fortführung seiner Aufgabe, dem Aufbau eines friedlichen, demokratischen, blühenden und sozialistischen Vietnams entgegen.

Präsident Ho Chi Minh, die hervorragende Persönlichkeit und Führer der vietnamesischen Nation, konnte diese Entwicklung nicht mehr erleben. Sein Werk jedoch lebt in den Herzen und Taten des vietnamesischen Volkes fort.

"Ist der Yankee geschlagen, werden wir das Land zehnmal schöner aufbauen."

Präsident Ho Chi Minh hat die größten moralischen Werte der vietnamesischen Nation verkörpert. Sein Werk hat alle Erniedrigungen, die die vietnamesische Nation während des letzten Jahrhunderts erleiden mußte, überstanden und Vietnam den Weg von einem rückständigen und unterdrückten Land in die Zukunft einer hochentwickelten, fortschrittlichen Gesellschaft gewiesen.

Dieser Abschnitt der Geschichte, an dem das vietnamesische Volk nun steht, erfordert noch sehr viel Arbeit und Tatkraft, der Aufbau einer modernen sozialistischen Nation bedarf der vereinigten Anstrengungen des gesamten Volkes.

Doch das Ergebnis ist gewiß. Bis zum Abschluß unseres Jahrhunderts wird Vietnam die entscheidendste Phase der Weltgeschichte, den Übergang zum Sozialismus, die Geburt einer neuen Gesellschaft, vollzogen haben.

Alle auf die Straßen, rot ist der Mai !

Alle auf die Straßen, Saigon ist frei !

n.n.p.



Interessentinnen und Interessenten an einem Studentischen Kindergarten für Kinder auch unter einem halben Jahr wenden sich bitte an den Fachschaftsreferenten des AStA (Tel.: 16/3117)

DIE AUFERSTEHUNG DER STUDENTENBEWEGUNG IN FRANKREICH: GENERALSTREIK GEGEN DIE KAPITALISIERUNG DER UNI

FRANKFURT (PH/ID)
12. April

Nach dem Scheitern der großangelegten Reform des Erziehungssektors, deren technokratischer Charakter von

den Betroffenen recht schnell durchschaut wurde, was vielerorts heftigen Widerstand hervorrief, versucht die Regierung Giscard nun per bürokratischem Dekret, ihre wesentlichen Ziele dennoch durchzusetzen.

Kern des ganzen ist die verstärkte Ausrichtung des gesamten Erziehungssektors auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Die Methode, das zu erreichen, liegt in der Perfektionierung aller möglichen Selektionsmechanismen.

Das beginnt bereits in der Grundschule. Im Laufe der ersten acht Wochen wird die junge Generation bereits in zwei Kategorien eingeteilt: die „Begabten“ (Schnellerner) und die „weniger Begabten“ (Langsamler). Während die ersten besser gefördert werden und z.B. Klassen überspringen können, erfahren die zweiten die pädagogischen Segnungen des normalen Schulbetriebs. Die Objektivität der Selektion und der Kriterien wird natürlich vom gutausgebildeten Grundschullehrer genauestens beachtet. Dieses System setzt sich im „2. Zyklus“ (vgl. Haupt-, Realschule bis Gymnasium) fort und führt beispielsweise zu verschiedenen Kategorien des Abiturs. So werden bestimmte technische Abiturs als höherwertig angesehen, was den Zugang zu bestimmten Studiengängen erleichtert, einige geisteswissenschaftliche hingegen sind fast wertlos. Im „3. Zyklus“ (Hochschule) wird die Orientierung dieser „Reformen“ dann am deutlichsten sichtbar. Die Kontrolle der „Sozialpartner“, sprich Unternehmer, über diesen Ausbildungssektor ist zur Zeit in vollem Gang, und das ist auch der Anlaß für die „Wiederauferstehung“ einer Studentenbewegung, die zudem in wachsendem Maße bei den Gewerkschaften Unterstützung findet.

Hat die Bourgeoisie seit '68 nicht gelernt, dem stillen Wasser zu mißtrauen? Für Alice Saunier-Seite, Staatssekretärin im Erziehungsministerium, unterteilt sich die universitäre Bevölkerung in zwei Kategorien: diejenigen, die zufrieden sind und keine Fragen stellen, das sind die „Studenten, die arbeiten“; die anderen, die sich gegen die Umwandlung der Fakultäten in Niederlassungen des Unternehmerverbandes CNPF wehren, das sind die „sogenannten Studenten“. Das Bild wäre nicht vollständig, ohne festzustellen, daß die letzteren „als bei weitem minoritär“ abqualifiziert werden. Dennoch gab es 1968 Leute, die wegen geringerer große Sorgen hatten.

Letzte Woche, als die Staatssekretärin noch ignorierte, daß 50 Universitäten und 40 universitäre Technologieinstitute teilweise oder ganz streikten, ähnelten die „sogenannten minoritären Studenten“ ganz schön einer Mehrheit. In Paris waren 20000 auf der Straße, und das trotz Provokationen und Ferienbeginn.

Madame Saunier-Seite, im übrigen nichts anderes als ein Superrektor im Auftrag von Erziehungsminister Rene Haby, hat die Aufgabe, die Universitäten Schritt für Schritt unter die Obhut der Unternehmer zu stellen. Gegen eine derartige fundamentale Orientierung des Regimes wird nur eine dauerhafte Mobilisierung etwas erreichen können. Es handelt sich um die Einlösung eines Engagements gegenüber der französischen Industrie: Universitäten nach Maß, „professionalisiert“ nach den Bedürfnissen der geographischen Verteilung der Unternehmen. Das impliziert natürlich auch eine ideologisch konforme Universität und Ausbildung. Jaques Chirac hat das dem CNPF ausdrücklich versprochen, und im November dachte die Regierung, daß es an der Zeit sei, einen bedeutsamen Schritt in diese Richtung zu tun. Und das aus zwei Gründen:

Zum einen hielten sie wegen der relativen Schwäche der Studentenorganisationen UNEF-Renouveau und AJS eine studentische Mobilisierung für wenig wahrscheinlich.

Zum anderen setzte der Minister große Hoffnungen in die Gefügbarkeit jener neuen Mandarin, dieser Profs, die das System reproduzieren, das einige unter ihnen bespuckt hatten: sie, die nur bei Kreditrestriktionen ein ärgerliches Knurren vernehmen ließen,

hatten sich nur episodisch mit der Selektionsproblematik und der Verschlechterung der Studienbedingungen beschäftigt. Nur allzu oft hat man gehört, daß die Probleme der Studenten nicht ihre Probleme sind; so erscheint heute die Situation vielleicht alarmierender als 1967!

UNTERTANENFABRIK

Der Staat glaubte, eher freie Hand zu haben, nachdem die Reform — der 3. Zyklus — sie etabliert eine Kontrolle der Forschung nach der Maitrise und Licence (vgl. Staatsexamen und Diplom) — ohne großen Wirbel über die Bühne gegangen war. Dabei hatte es sich um die Einführung eines „Habitationsverfahrens“ gehandelt: Die Diplome des 3. Zyklus wurden der Kontrolle einer „Expertenkommission“ unterworfen. Wie durch Zufall waren 40 von den 50 abgelehnten Arbeiten solche mit ideologisch potentiell subversivem Charakter, wie Diplome des Sozial- und Arbeitsrechts.

Die Reform des 2. Zyklus generalisiert dieses Verfahren. „Licence und Maitrise“ hängen von nun an vom grünen Licht der Regierungs- und Unternehmervereiner ab. Eine solche Analyse ist weder eine zu starke Simplifizierung noch eine Prinzipientreue: Die Habitationsbewerbungen, die alle Universitäten vor dem 1. Dezember 1976 vorlegen müssen, werden von „technischen Gruppen“ überprüft, in denen die Industrie offiziell und sehr zahlreich vertreten ist.

Diese „Expertengruppen“ sollen die Berufsbezogenheit der vorgeschlagenen Diplome untersuchen. Diese „technischen Gruppen“ arbeiten auf zweierlei Weise. Zum einen werden sie eine Reihe von Projekten ausschalten, indem sie die Spezialisierung nach Region einführen. Z.B. sagen sie: es ist unnützlich in Lille Chemiker auszubilden, wenn die Universitäten von Dijon und Lyon dafür viel eher geeignet sind wegen der Beziehungen zum Chemiekonzern Rhone-Poulenc (mit Sitz in Lyon).

Außerdem werden sie — allerdings nicht zu absolut, um eine liberale Fassade zu bewahren — politisch orientierte Diplomthemen ablehnen: dabei den Bedarf solcher Forschungen in Frage zu stellen. Zu dieser direkten Zensur kommt noch die Eigenzensur der Universitäten. Um mehr nationale und anerkannte Diplome zu liefern (was die Kreditsubventionen sichert bzw. erhöht), werden die Universitätsorgane die nach den neuen Normen „professionalisierten“ Diplome erhöhen und gleichzeitig alle „suspekten“ Themen zu verringern suchen.

Universitäten, die also „gute“ Habilitationen liefern, werden den größeren Teil der Kredite erhalten, und die Industriellen — mehr bekannt unter dem Namen „Sozialpartner“ — werden mit ihnen großzügige Verträge schließen. Im Austausch für einige Sitze in den Universitätsorganen und unter der Bedingung, daß ein immer größerer Teil des Unterrichtsangebots von den betroffenen „Professionellen“ selbst getragen wird.

In den Universitätsinstituten für Technologie bereits heute stark vertreten, versuchen die Großunternehmen und Multis, einen wichtigen Teil der Hochschule zu kolonisieren. Der andere Teil wird mehr oder weniger denen zugeschrieben, die unabhängig denken und ausbilden wollen. Die „Wertlosigkeit“ der Diplome dieser Unis wird dann tendenziell zum Rückgang ihrer Studentenzahlen führen, das ist Grund, die Kredite zu reduzieren.

Wenn man vom Eindringen der Industriellen in die Universitäten spricht, dann ist das durchaus real. So ist der Präsident der Union der Verwaltungsräte aller Technologieinstitute ein gewisser Leducq. Wenn er nicht gerade sein Institut leitet, dann ist er Generaldirektor der „Blanchisseries de Pantin“. Erst kürzlich gab es dort Streiks, um gegen die mittelalterlichen Arbeitsbedingungen und die Entlassungen von Gewerkschaftsdelegierten zu protestieren.

Leducq, einer der geschätzten und gekörnten Männer des Staatssekretärs, ist das Symbol der „modernen“ Universität. Ein anderes Beispiel der Ausbildung von morgen: Compiegne. Die Mehrheit des Verwaltungsrates — 15 von 25 — ist von der Regierung ernannt und funktioniert unter der Leitung eines ehemaligen Militärs, neben Vertretern von Schlumberger, Rhone Poulenc, Elf-Erap, Pechiney (französische Konzerne). Die heftige Reaktion — die gerade erst angefangen hat — der Mehrheit der Studenten ist folglich nicht erstaunlich.

Ebenso haben die Hochschullehrer des SNE-Sup (Hochschullehrergewerkschaft) mit bisher nicht gekannter Heftigkeit reagiert.

In ihrem Glauben an den allgemeinen Dornröschenschlaf ist die Regierung etwas zu weit gegangen. Madame Saunier-Seite hat das sehr gut verstanden, sie hat deshalb die Möglichkeit eines „Arrangements“ angedeutet. Anders ausgedrückt: ein Arrangement in Detailfragen, ohne das Wesentliche zu berühren.

Die Versammlung der „Nationalen Koordination der Streik und Kampfkomitees“ am 18. März in Nanterre ist ein untrügliches Zeichen für die weitere Gesundung der studentischen Massenbewegung. Eine weitere Versammlung fand am 10. April in Amiens statt. In Amiens beschlossen (laut Le Monde vom 13. April) die Delegierten von mehr als 50 französischen Universitäten den Generalstreik.

Am Montag, dem 12. April, wurde bereits die Mehrheit aller Unis bestreikt. „M. Giscard d'Estaing est préoccupé – Staatspräsident Giscard ist besorgt“.
(aus: Politique Hebdo)

Der Streik der französischen Studenten hat, ausgehend von den Pariser Universitäten (wie Nanterre, Dauphine, d'Orsay) die Provinz erreicht. Auch in Dijon, Limoges, Besançon, Mans, Lille und anderen Städten wurde nach Vollversammlungen der Vorlesungsbetrieb lahmgelegt.

Wie Le Monde (am 14. April) berichtet, werden inzwischen auch eine Reihe von Sekundarschulen in ganz Frankreich bestreikt: so in Nizza, Bordeaux, Poitiers, Romans, Dolem und Dünkirchen.

Beschluß des Unterbezirksparteitags der SPD Darmstadt vom 13.3.76

zum Hochschulrahmengesetz (ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen angenommen)

Der Unterbezirksparteitag lehnt das im Dezember 1975 verabschiedete Hochschulrahmengesetz (HRG) ab.

Gegen zahlreiche Proteste aus Ländern, Hochschulen und der SPD setzte die CDU im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat ihre Vorstellungen durch.

In der Regierungserklärung von Willy Brandt vom 28.10.69 wurde das HRG als ein Teil der SPD-Reformpolitik unter den Aspekten der Überwindung der Ordinarienuniversität und Anpassung an die zeitlichen Anforderungen angekündigt. Das verabschiedete HRG aber bedeutet:

- Abbau der Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen in den Kollegialorganen
- Auflösung der verfaßten Studentenschaften
- unkontrollierte Nebentätigkeiten der Professoren
- Einführung eines Ordnungsrechtes

Der Unterbezirksparteitag fordert die SPD-Fraktion im Landtag auf, der notwendigen Novellierung der entsprechenden Landesgesetze nicht zuzustimmen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, geeignete Schritte zur Rücknahme des HRG durchzuführen.

Auch wenn man weiß, daß Parteitagsbeschlüsse nur allzu oft auf dem Papier stehenbleiben, haben wir nun die Möglichkeit, die SPD und ihre Mandatsträger beim Wort zu nehmen.

Gesucht: Wahlvorstand

Für die im Juni 76 stattfindenden Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaftsvertretungen werden noch Studenten für den Wahlvorstand gesucht, der aus drei bis sechs Mitgliedern bestehen sollte. Die Wahlvorstandsmitglieder dürfen auf keiner zur Wahl stehenden Liste kandidieren und haben folgende Aufgaben:

Vor der Wahl: Auf ca. 2 - 4 Sitzungen sind die Wahlmodalitäten festzulegen und bekanntzugeben.

Während der Wahl: die Wahlen zu kontrollieren.

Nach der Wahl: die Auszählung zu überwachen und das Ergebnis zu veröffentlichen.

Wer diese Aufgabe übernehmen möchte, meldet sich bitte bis zum 30. April im AstA (unter Hinterlassung von Name, Adresse und ggf. Telefonnummer).

Da heute kaum jemand etwas umsonst tut (oder tun kann) wird diese verdienstvolle Arbeit wie im Vorjahr mit einer Aufwandsentschädigung von 40 DM pro Vorstandsmitglied honoriert.

Hochschulhaushalt auf Sparflamme

Wenn in dieser WUB zum Schwerpunkt HRG ein Artikel zum Hochschulhaushalt steht, so nicht nur deshalb, weil kürzlich im Haushaltsausschuß der Hochschule dieser Punkt abgehandelt wurde und auch nicht, weil das HRG den Inhalt des Haushalts bestimmt hätte. Der Haushalt wäre ohne HRG wohl ebenso ausgefallen. Trotzdem hat beides recht viel miteinander zu tun: Es sind zwei Glieder derselben Kette; sie haben ähnliche Ursachen und Folgen, sind also somit als Zusammenhang zu sehen. Die gemeinsame Ursache ist in der Krise unserer höchst unsozialen "Marktwirtschaft" zu suchen, ihrer Unfähigkeit die für Bildungsaufgaben notwendigen Mittel bereitzustellen; das liegt keineswegs nur an der Böswilligkeit der "Politiker", wie von manchen geglaubt und behauptet wird, sondern ist ein Problem der gesellschaftlichen Grundstruktur (das im engen Rahmen dieses Artikels nicht behandelt werden kann). Gelder für Bildung und andere Bereiche wären wohl vorhanden; sie fließen allerdings in die falschen Kanäle und Taschen: zig Milliarden werden für Werbung verschwendet, als Subventionen verschenkt, durch Steuerschwindel entzogen, für Rüstungsprodukte verausgabt oder in Verschwendungs- und Überflußproduktion gesteckt. Das Zweiergespann HRG - Sparflammenhaushalt bringt uns als gemeinsame Auswirkung die Tendenz, die Hochschulen endgültig zu "Dressuranstalten" zu machen, die entsprechend dem "Bedarf von Gesellschaft und Wirtschaft" Studenten im Fließbandverfahren produzieren sollen. Dieses "Fließband" soll möglichst kostengünstig arbeiten und die Bandgeschwindigkeit soll 6 - 8 Semester (Regelstudienzeit) betragen.

Da also zwischen Unterfinanzierung des Bildungssektors und HRG ein enger Zusammenhang besteht, müssen wir uns zwangsläufig (wie in dem geplanten Streik) gegen beide wenden.

Die wichtigsten Punkte des Haushalts

- Die Haushaltsmittel für Wissenschaft und Forschung sind seit 1970 nahezu konstant geblieben (bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von 6,8 % pro Jahr). Wissenschaft und Forschung dürften somit kaum auf dem aktuellen Stand sein, was wohl nicht ohne Auswirkung auf die Qualität der Ausbildung bleiben kann.
- Der Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) beinhaltet u.a., daß die Zahl der studentischen Arbeitsplätze nicht erhöht wird und Gebäude, die für die Fachbereiche Mathematik und Informatik geplant waren, nicht gebaut werden.

- Für die Unterhaltung der Hochschulbauten wären eigentlich 5,5 Mio DM erforderlich, es werden für 1976 aber nur 2 Mio DM - in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark - der THD zur Verfügung gestellt, so daß es nicht verwundert, wenn TH-Kanzler Wilke (zuständig für Haushaltsfragen) von "Verrottung der Hochschule" spricht. Sollte jemand demnächst hören, daß es in einem Hochschulgebäude durch das Dach regnet, muß dies nicht unbedingt ein Gerücht sein: es gibt bereits einen solchen Fall, wie auf der Sitzung des Haushaltsausschusses der TH vom 5.3.76 zu erfahren war.

Stellenbewirtschaftung:

Nichts geht mehr 20 Stellen ab nach Kassel

Durch Erlaß vom 24.9.1975 hat das Hessische Kultusministerium eine unbefristete (!) Stellensperre verfügt, die wie folgt aussieht:

- Planstellen von Professoren, die frei werden, können nur im Einzelfall auf besonders zu begründenden Antrag wieder besetzt werden.
- 25 % (!) aller Stellen für wissenschaftliche und technische Mitarbeiter und 75 % (!) aller Stellen für Verwaltungsangestellte werden, sobald sie frei werden, nach einem besonderen Verfahren nach und nach auf Dauer gesperrt.

Nach Inkrafttreten dieses Erlasses wurden aus dem wissenschaftlichen Bereich 4,5 Stellen und aus dem nicht-wissenschaftlichen Bereich 21 Stellen gesperrt. Obendrein kommt noch hinzu, daß 20 Stellen aus dem wissenschaftlichen Bereich demnächst an die Gesamthochschule Kassel abgegeben werden müssen!

Weiß man außerdem, daß in absehbarer Zeit 13.000 (!) Studenten an der THD studieren sollen, lassen sich die verheerenden Folgen der ministeriellen Personalausrohnungspolitik schon jetzt absehen.

Auch die Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte (Hiwis) wurden reduziert: 1975 betrugen sie 3.623.364 DM, während für dieses Jahr nur 3.384.00 DM ausgeschüttet wurden, wovon noch 200.000 DM für Sozialzuschläge und Sonderzuwendungen für Hilfskräfte mit Abschluß abzuziehen sind. Ursprünglich soll sogar vom Kultusministerium vorgesehen worden sein, den Hilfskräfte-Haushalt aufzulösen; diese Absicht ließe sich sehr leicht mit § 57 des HRG absichern: "Das Landesrecht kann Tutoren vorsehen."

Auch Studentenwerk in Finanzschwierigkeiten

Auch die Zuschüsse des Kultusministeriums zum Studentenwerkshaushalt entsprechen nicht mehr dem. Deshalb wird im Studentenwerksvorstand u.a. über Mensapreiserhöhungen (bis jetzt noch!) diskutiert.

Stellungnahme und Bericht des Vertreters der Juso-
Hochschulgruppe im AstA (Holger Gehbauer) zur Ersten
ordentlichen Mitgliederversammlung der Vereinigten
Deutschen Studentenschaften (31.3.-2.4.76 in Köln)

Für alle mit Studentenschaftspolitik nicht allzu sehr Vertrauten, hier eine erklärende Einleitung: Auf der zweiteiligen Gründungsversammlung der "Vereinigten Deutschen Studentenschaften" (VDS) vom 22.-23. März und vom 8. - 13. Mai 1975 schlossen sich die Dachverbände der Studentenschaften der Hochschulen und Universitäten (VDS) sowie die der Fachhochschulen (SVI) zusammen. Bei dieser Gründungsversammlung stand die Auseinandersetzung um die zu vergebenen Vorstandssitze im Vordergrund, von denen dann schließlich die Basisgruppen, die Juso-Hochschulgruppen, der LHV, der MSB und der SHB je einen erhielten. Innerhalb dieses Fünfer-Vorstandes bildete sich ein Dreier-Block, bestehend aus Basisgruppen, Jusos und LHV, der in Auseinandersetzungen (Abstimmungen etc.)

MSB/SHB stets geschlossen (nach Abstimmung in der Dreier-Koalition) auftrat, um nicht die Politik von MSB/SHB zum Tragen kommen zu lassen. Die Zusammensetzung des Vorstands aus sehr unterschiedlichen Gruppen kam nur zustande, weil die Stimmenverhältnisse kaum etwas anderes zuließen. Bemerkenswert war, daß MSB/SHB sich am Vorstand beteiligten, obwohl sie die mehrheitlich verabschiedete Hauptresolution, die Grundlage der Arbeit des Vorstandes und des Verbandes sein sollte, ablehnten. Gemäß der auf der Gründungsversammlung verabschiedeten Satzung der VDS findet jährlich eine Mitgliederversammlung statt, die das oberste beschlußfassende Organ des Verbandes ist und die Richtlinien und Grundsätze seiner Arbeit bestimmt. Zur MV kommen die Vertreter (in der Regel die Asten) der einzelnen Studentenschaften, denen entsprechend der Studentenzahl, die sie vertreten, nach einem Schlüssel Stimmen zugeweiht werden.

Der MV voraus ging am 30.3. ein Kongreß zum HRC, auf dem in den Redebeiträgen die Kritik am HRC auf wenige Aspekte verengt wurde; vor allem die Gefährdung der verfaßten Studentenschaft und das Ordnungsrecht standen im Mittelpunkt, während andere wichtige Punkte des HRC, wie zum Beispiel der Angriff auf die Qualität des Studiums durch 6 - Semesterige Regelstudienzeit, zu kurz kamen. Die Diskussion um die Perspektive, unter der die Auseinandersetzung mit dem HRC zu führen ist, ergab viele Gemeinsamkeiten und wenig Neues. Wenig erfreuliches ist ebenfalls von der danach beginnenden MV zu berichten, die, wie hier vorweggenommen werden kann, ausgesprochen unergiebig war.

Nach Wahl des Tagespräsidiums begannen Berichte und Aussprachen über die Arbeit des Vorstandes etc., wo sich das Ablaufschema der MV sehr deutlich abzeichnete. Billigstes Gruppen-Nickhack, persönliche Angriffe und Verunglimpfungen, Fensterreden und Geschäftsordnungsmanöver, die das Bild bestimmten, waren freilich nicht nur langweilig, sondern schienen auch zu einer Verzögerungstaktik gehören, die vor allem von der MSB/SHB-Fraktion praktiziert wurde, wohl in der Absicht, gegen Ende der MV unter Zeitdruck eigene Positionen besser durchzusetzen zu können und zu verhindern, daß für MSB/SHB gefährliche Anträge (Jiri Müller siehe unten), behandelt

werden konnten. Leider konnte diese Taktik von der Juso-Fraktionsführung nicht unterbunden werden.

Keine solidarische und fruchtbare Diskussion kam nicht zustande, da:

1. MSB/SHB den Dreierblock im Vorstand (siehe oben) im Interesse ihrer Machtpolitik aufzubrechen versuchten, was auch gelang; unter anderem durch Diffamierung des Jusos im alten VDS-Vorstand.

2. Basisgruppen-Vertreter versuchten, Jusos und MSB/SHB gegeneinander auszuspielen, um so eigene Positionen verstärkt durchzusetzen.

Dies oder anderes führte übrigens dazu, daß die Spannungen innerhalb der Basisgruppen-Fraktion gegen Ende der MV fast zu einer Spaltung geführt hätten.

Wesentliche Merkmale der MV waren das opportunistische Machtkalkül von MSB/SHB, die zur Rettung ihrer Vorstandssitze wesentliche Positionen nahezu widerstandslos aufgaben und die inhaltliche Annäherung der Basisgruppen an MSB/SHB. Wobei zu bemerken ist, daß verschiedene Basisgruppen-Mitglieder reichlich erstaunt und teilweise empört waren, als sie in Anträgen ihrer Fraktion Abschnitte fanden, die ebensogut von MSB/SHB hätten kommen können. Aus alledem geht hervor, daß weniger Inhalte im Vordergrund standen als vielmehr gruppenegoistisches Machtkalkül.

Auf der MV wurde im wesentlichen die Ergänzung und Änderung der alten Hauptresolution diskutiert; häufig wurde diese Diskussion aber leider von den Fraktionsführern außerhalb der MV geführt. Infolge der oben beschriebenen Verzögerungspolitik nahm die Behandlung der Hauptresolution so viel Zeit in Anspruch, daß von den Einzelanträgen nur ca. vier behandelt werden konnten. Neben anderen Anträgen wurde auch ein Antrag unseres AstA zu Aktionen gegen das HRC nicht behandelt (siehe S.5).

Im Arbeitsprogramm der verabschiedeten Hauptresolution ist als Schwerpunkt für das SS "politische Disziplinierung unter besonderer Berücksichtigung der massiven Angriffe auf die politischen Rechte und Studienbedingungen, wie sie im Hochschulrahmengesetz festgelegt sind" enthalten. Die VDS sollen zu diesem Thema Ende Mai/Anfang Juni eine Aktionswoche initiieren.

"Als zweiter Schwerpunkt für die VDS stehen im SS 76 an, die Grundlage für die Durchführung dezentraler und zentraler Aktionen im WS 76/77 gegen die soziale Verschlechterung, Numerus Clausus, Lehrerarbeitslosigkeit (im Rahmen der Arbeitslosigkeit überhaupt) und die Auswirkung des Hochschulrahmengesetzes zu schaffen."

Nach der Abstimmung über die Hauptresolution kam es dann endlich zu einer Auseinandersetzung, in der die Karten auf den Tisch gelegt werden mußten und in der auch MSB/SHB Farbe bekennen mußten. Zusammen mit mehreren Asten (etwa 25), vorwiegend Juso-Basisgruppen-Koalitions-Asten, legten wir einen Antrag vor, in dem die Freilassung von Jiri Müller gefordert wurde. Jiri Müller ist ein Studentenfürer, der in der CSSR

inhaftiert und gefoltert wurde, weil er ein Bündnis zwischen der Metallarbeiter-Gewerkschaft und Studenten gefördert hatte und die Bürger auf ihr Recht (wenn man das so nennen will) hingewiesen hatte, bei Wahlen keine der vorgegebenen "Alternativen" anzukreuzen. Die Empörung von MSB/SHB machte einmal mehr deutlich, wie sehr sie den vermeintlich "sozialistischen Staaten" des Ostblocks verpflichtet sind. Um diesen Antrag wieder auf die Tagesordnung und damit zur Behandlung zu bringen, wäre eine Zweidrittelmehrheit erforderlich gewesen; es kam aber nur eine deutliche absolute Mehrheit zustande, und obwohl der Antrag somit nicht behandelt wurde, waren MSB/SHB stehend k.o. Bei den anschließenden Vorstandswahlen blieb die eingangs beschriebene Vorstandszusammensetzung bestehen, da sich die Kräfteverhältnisse nicht wesentlich geändert hatten. Als Veränderung zum Vorjahr ergab sich aber, daß der Basisgruppenvertreter im VDS-Vorstand nicht mehr mit den Vertretern von Jusos und LHV einen Block bilden wird, sondern auch von Fall zu Fall mit MSB/SHB gegen Juso/LHV arbeiten wird.

Darauf wurde der Zentralrat gewählt. Der Zentralrat besteht aus 30 in Listenwahl gewählten ASten, tagt einmal im Monat und nimmt die Aufgaben der Mitgliederversammlung wahr, indem er dem Vorstand Weisungen erteilt etc.

Die Verteilung der Zentralratssitze spiegelt das Kräfteverhältnis auf der MV wider:

		Vorjahr:
Basisgruppen/Juso/LHV-Liste:	15 Sitze	(13)
MSB/SHB-Liste	: 13 Sitze	(11)
KBW-Liste	: 1 Sitz	(3)
RCDS-SLH-Liste	: 1 Sitz	(3)

Für mich ergibt sich aus dem unbefriedigenden Verlauf der MV die Aufgabe, in der Juso-Hochschulgruppen-Bundesorganisation darauf hinzuwirken, daß die Juso-Fraktion die nächste MV zu einem Forum macht, auf dem Perspektiven erarbeitet werden, wie die Interessen der Studenten wirksam vertreten werden, und die MV nicht wieder eine Veranstaltung wird, in der skrupellose Machtpolitik (vor allem von MSB/SHB) dominiert.

Initiativgruppe für die Gründung einer Minimalorganisation der Darmstädter Wohngemeinschaften

Ziel: Vermittlung von neuen und alten WG-Mitgliedern und Wohnungen;
Schaffung geeigneter Informationskanäle
Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit anderen Gruppen
Aufarbeitung von WG-typischen Problemen

Wir brauchen: 1 - 2 größere WGs mit Telefon als Schaltstelle.
Kontaktadresse: Schneider/v.Hopffgarten
Bleichstr. 37
6100 Darmstadt

Asta Service : Bus - Verleih

Seit einigen Wochen wird vom AStA wieder (war alles schon mal da) ein Bus verliehen. Er kann als Transporter für Umzüge oder mit Sitzbänken für Ausflüge verwendet werden. Für Terminabsprachen und Vertragsabschluß beim AStA-Büro vorbeikommen. Der Wagen wird dann von der Shell-Tankstelle in der Magdalenenstraße (Inhaber: E. Falk) herausgegeben.

Die Kosten lassen sich aus der nachstehenden Liste entnehmen. Bei Vertragsabschluß ist eine Anzahlung von 20,00 DM zu entrichten, die mit dem Rechnungsbetrag verrechnet wird. Um eine annähernde Auslastung zu garantieren, wird ein Mindest-Rechnungsbetrag von 20,00 DM pro angefangenen Tag der Entleiher vereinbart.

Grundgebühr pro Vertragsabschluß	8,00 DM	Der Wagen ist gut versichert: - Haftpflicht - Insassen - Vollkasko mit 300 DM Selbstbeteiligung - Rechtsschutz
Preis pro Stunde	1,00 DM	
oder		
Preis pro Tag (bei mehr als 8 Stunden Benutzung)	8,00 DM	
Preis pro km	0,22 DM	

Die Benzinkosten sind vom Benutzer zu tragen. Der Wagen wird voll getankt zur Verfügung gestellt und wird bei der Rückgabe wieder aufgetankt.

Leider kann aus versicherungsrechtlichen Gründen nur ein Student der THD als Entleiher auftreten.